

Robert Schweder
Alica Gürtler
Lisa Marie Hädrich
Robin Kästner
Anna-Maria Suchomel

Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens und deren gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland 1945-1949



Gliederung

I.	Vorwort	1
II.	Ziele des Potsdamer Abkommens und deren besatzungszonenspezifische Durchführung	
1.	Dezentralisierung	2
2.	Demokratisierung	3-9
2.1	Umerziehung	3
3.1.1.	Re-education in der amerikanischen BZ	3-6
3.2.2.	Antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in der SBZ	6
3.2.	Staatlicher und politischer Neuaufbau in den BZ	7
3.2.1.	Amerikanische BZ	7
3.2.2.	Französische BZ	7
3.2.3	Politische Entwicklung in der SBZ	8
3.3.	Zusammenfassung	9
3.	Demilitarisierung	10
4.	Denazifizierung	11
5.	Demontage	12-14
6.1.	Die amerikanische, britische und französische BZ	12-13
6.2	Die SBZ	13-14
III.	Gesamtfazit	15
IV.	Anhang	1-6
1.	Literatur -und Bildverzeichnis	1-3
2.	Parteiprogramme	3-6

I. Vorwort

Am 7. Mai unterzeichnete Generaloberst Jodl gegenüber den Westmächten in Reims, am 8. Mai Generalfeldmarschall Keitel in Berlin-Karlshorst gegen über der UdSSR die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht – damit war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet und Deutschland fast vollständig von den Alliierten erobert wurde, während Berlin von der Roten Armee besetzt gewesen ist. Das „Dritte Reich“ war eine Woche nach dem Selbstmord Hitlers militärisch zerschlagen und als die Kapitulation am 8. Mai in Kraft trat, existierte der deutsche Staat nicht mehr.

Deutschland hatte den Zweiten Weltkrieg begonnen und musste ihn als Verlierer mit hohen Verlusten bezahlen:

- 2,5 Mio. Tote bei Flucht und Vertreibung
- 7 Mio. gefallene deutsche Soldaten
- 0,5 Mio. Opfer des Bombenkrieges
- 2,5 Mio. schwere Verwundete
- 11 Mio. Soldaten in Kriegsgefangenschaft

Die Siegermächte besetzten mit Deutschland ein zerstörtes Land: Der Bombenkrieg und die Kämpfe hatten es in eine Trümmerlandschaft verwandelt, auf der zahllose Menschen auf der Suche nach einer Unterkunft oder Angehörigen umher irrten.

So prägten in der „Stunde Null“ Angst, Unsicherheit und Hunger das Denken der meisten Deutschen. Ihr Blick richtete sich nur noch auf das Überleben. Die Tatsache der fehlenden Orientierung und des allgegenwärtigen Mangels begünstigten die soziale Verwahrlosung der sogenannten „Zusammenbruchsgesellschaft“ beträchtlich. Auch eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Erlebten und ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit erfolgte nicht und so ging mit der Beseitigung der Kriegstrümmer außerdem ein improvisierter Wiederaufbau der deutschen Gesellschaft einher. Einen konsequenten Neuanfang gab es nicht.

Mit dem Kriegsende traten die ideologischen Gegensätze zwischen Kommunismus und Kapitalismus zutage und führten zu machtpolitischen Differenzen innerhalb der Anti-Hitler Koalition und somit schließlich auch zu Uneinigkeiten in der Nachkriegspolitik.

US-Präsident Truman, Nachfolger des verstorbenen Roosevelt, Stalin und Churchill, der nach einer Wahlniederlage von Attlee abgelöst wurde, trafen sich zum letzten Gipfeltreffen der „Großen Drei“ in Potsdam (17.7.-2.8.1945) und konnten in folgenden Grundsatzfragen eine Einigung erzielen:

- Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Demontage, Dezentralisierung
- Bildung eines Alliierten Kontrollrats
- Erhalt Einheit Deutschlands
- Gebietsabtretungen an die UdSSR
- Überführung der deutsche Bevölkerung aus abgetreten Gebieten

Die vorliegende Arbeit soll sich besonders intensiv mit den „5 großen D's“ beschäftigen und deren Auswirkungen in öffentlichen Bereichen (Politik und Wirtschaft) kennzeichnen, sowie die gesellschaftlichen Folgen charakterisieren.

II. Ziele des Potsdamer Abkommens und deren besatzungszonenspezifische Durchführung

1. Dezentralisierung

Auf der Potsdamer Konferenz wurden viele Beschlüsse verabschiedet, unter anderem der Unterpunkt der Dezentralisierung Deutschlands. Bei diesem war die Absicht, das Wirtschaftssystem in kürzester Zeit zu dezentralisieren und die Wirtschaftskraft zu vernichten, dass von Deutschland keine Gefahr mehr ausging einen weiteren Krieg zu starten.

Laut der Berliner Deklaration wurde Deutschland im Februar 1945 in 4 Besatzungszonen geteilt.

Diese Zonen wurden unter den Siegermächten USA, Frankreich, England und Russland aufgeteilt und jede Zone sollte von den jeweiligen Ländern selbst verwaltet werden. Jede Besatzungszone hatte einen festgelegten Oberbefehlshaber und alle Beschlüsse mussten vom aus allen Oberbefehlshabern bestehenden Kontrollrat einstimmig beschlossen werden. Der Kontrollrat stellte Regeln für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland auf. Man beschloss unter anderen auch, dass in den einzelnen Zonen neue Länder entstehen mussten.

Die sowjetische Besatzungszone begann mit der Bildung von 5 neuen Ländern im Juli 1945. In den neu entstandenen Ländern wurden alle hohen Schlüsselpositionen durch Kommunisten besetzt und die Länder erhielten in der Sowjetischen Besatzungszone 1947 alle eine demokratische Verfassung.

Im September 1945 folgte die amerikanische Besatzungszone mit der Gründung von eigenen Ländern. Da die Amerikaner wenig eigenes Personal in ihrer Zone hatten übertrugen sie die Verwaltungsarbeiten auf deutsche Mitarbeiter. In der amerikanischen Zone prägte sich sehr früh der Länderföderalismus aus, dieser wurde aber vom Länderrat sehr schnell wieder abgeschwächt und konnte sich somit nur sehr gering ausbreiten.

Im September 1946 folgte dann auch die britische Besatzungszone mit der Aufteilung in eigene Länder. In Hamburg wurde 1946 zur Beratung der Militärregierung ein Zonenbeirat geschaffen um über die Verwaltung in der britischen Besatzungszone zu tagen.

Die französische Besatzungszone war die letzte die in einzelne Länder geteilt wurde, weil dort eine stark sicherheitsbedürftig geprägte Politik vorherrschend war. In der französischen Besatzungszone war der Länderföderalismus auch am meisten ausgeprägt.

Ende 1947 entstanden in allen Besatzungszonen zentrale Zonenorgane welche aber nur eine beratende Funktion hatten.

Berlin wurde auf die entsprechende Vereinbarung der Alliierten ebenfalls in 4 Sektoren aufgeteilt, welche gemeinsam von den Besatzungsmächten verwaltet wurden.

Zunehmende Unstimmigkeiten der Siegermächte zur Nachkriegsordnung in Europa und vor allem in Deutschland führten letztendlich zum Scheitern der gemeinsamen Verwaltung. Somit entwickelte sich Berlin zum Brennpunkt des „Kalten Krieges“.

Durch die Dezentralisierung erreichten die Siegermächte zwar, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands stark geschwächt wurde und man Deutschland unter Kontrolle hatte, aber es begann der „Kalte Krieg“ und auch die schlechte Wirtschaftslage zwang die Siegermächte zur Zusammenarbeit.

2. Demokratisierung

Der Grundgedanke einer Demokratie besteht aus den folgenden Punkten: Alle Macht geht vom Volk aus, durch freie, gleiche und geheime Wahlen, einem unabhängigen Parteiensystem, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten (wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) und eine Zivilgesellschaft, die sich aktiv in die Regierung einbringt.

„Democracy takes different forms in different cultures, but successful free societies are built on common foundations of rule of law, freedom of speech, freedom of assembly, a free economy, and freedom of worship.“^[1]

So ist des Weiteren die Demokratisierung eine Bemühung, ein demokratisches System zu schaffen. In diesem speziellen Zusammenhang bezeichnet „Demokratisierung“ die aktive externe Unterstützung für Deutschland durch die USA, England und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, um einen demokratischen Neuaufbau des zerstörten Deutschlands zu gewährleisten.

2.1. Umerziehung

Durch das Umerziehungsprogramm, das vor allem von Amerikanern und Briten verwirklichte wurde, sollte sich die deutsche Mentalität zukünftig von der im Nationalsozialismus gezeigten Autoritätshörigkeit weg entwickeln. Dieser grundlegende Gedanke wurde in den westlichen Besatzungszonen ohne nennenswerte Differenzen in die Tat umgesetzt, während in der SBZ mit der „antifaschistisch-demokratische Umgestaltung“ zwar die formelle Idee der Beseitigung des Faschismus mit der, der westlichen Besatzer weitreichend übereinstimmt, ist jedoch die Interpretation und folglich die Durchführung mancher Punkte grundlegend anders. Die SBZ ging spätestens ab der Jahreswende 1945/46 einen eigenen, mit den Idealen des Westens immer unvereinbarer werdenden Weg.

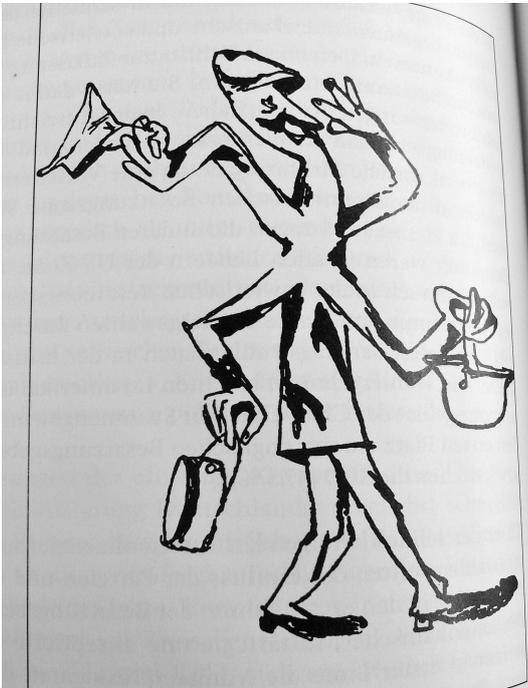


Abbildung 1. Hutwechsel. Auf dem Weg zum „guten Deutschen“ aus der Sicht der Besatzer.

2.1.1. Re-education in der amerikanischen BZ

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges glaubte man auf Seiten der Alliierten die richtigen Schlüsse gezogen und ideale Entscheidungen getroffen zu haben; nach der Niederlage mussten zwar die Deutschen im Versailler Friedensvertrag die Alleinschuld am Krieg auf sich nehmen, doch konnte man auf alliierter Seite nicht verhindern, dass Deutschland sich trotz der Auszehrung durch immense Reparationszahlungen schon nach 15 Jahren erholt hatte und wenig später wieder ein einflussreicher Faktor in Europa geworden war. Das sollte sich nicht wiederholen. Der in den USA zu diesem Zeitpunkt einflussreiche Psychiater Prof. Langer fasste den Grundgedanken folgendermaßen zusammen:

„Hitler ist nicht die Ursache des deutschen Wahnsinns, sondern umgekehrt:

Da die Deutschen grundsätzlich wahnsinnig sind, haben sie Hitler geschaffen.“

^[1] US Department of State (Archiv) - White House (Washington, DC) December 12, 2005

^[2] „Umerziehung der Deutschen als Teil der psychologischen Kriegsführung“ – von Hans-Joachim von Leesen, Mönkeberg/Kiel

So sei es nunmehr die Verpflichtung des erfolgreichen Amerikas diesen „Wahnsinn“ ein für alle mal zu beenden. „Die Sicht auf Deutschland hatte sich [...] seit dem Ersten Weltkrieg nicht verändert: Es sei in der Hand des preußischen Generalstabes, der Junkerkaste, der Konzernbosse und der Bürokraten, deren Speerspitze der Nationalsozialismus sei, behauptete man.“ [2]

Diese amerikanische Perspektive stimmte mit der einer schon im Ersten Weltkrieg auftretenden britischen Gruppierung überein, die eine Konkurrenz für das Empire in dem vereinten Deutschland sahen, das sie Bismarck zu verdanken hatten. An ihrer Spitze stand Winston Churchill, wobei Sir Robert Gilbert Vansittart wohl das Sinnbild für diesen politischen Gedankengang gewesen ist. Für ihn, der bis 1941 als Diplomatischer Chefberater im britischen Außenministerium nicht unwesentliche Macht hatte,



Abbildung 2. „Hab ich den nicht schon einmal gesehen?“ – Karikatur aus News Chronicle. Erstmalige Veröffentlichung in Deutschland vom Spiegel 15.2.1947.



Abbildung 3. "Germany is at the crossroads". Propaganda Plakat in der amerikanischen BZ. Laut einem Memorandum der brit. Militärregierung vom 13. Aug. 1949, gab es kein Wort, das die Deutschen so verabscheuten wie "Re-education".

war Hitler die „Offenbarung einer tief verwurzelten deutschen Krankheit“, wie er zu sagen pflegte. Eben wie ihre amerikanischen Kollegen, forderten sie unter anderem die Verurteilung der für die Kriegsverbrechen verantwortlich gemachten deutschen Führungsschicht, und die langjährige Besetzung des besiegten Deutschlands zum Zweck der Umerziehung.

Der stellvertretende US-Außenminister Archibald McLeish, der 1939 in den USA die Institution der Psychologischen Kriegführung gegründet hatte, sagte auf der Potsdamer Konferenz, es müsse das Ziel der Umerziehung sein, den Charakter und die Mentalität der deutschen Nation zu verändern, so dass Deutschland schließlich ein Leben ohne Überwachung gestattet werden könne. Dafür sei eine Behandlung der Deutschen notwendig, die man mit der eines Kriminellen in einer modernen Strafanstalt vergleichen könne. „Wir werden die gesamte deutsche Tradition auslöschen.“ So solle man einen Prozess in Gang setzen, an dessen Ende auf jeden Fall die deutsche „Self Re-education“ stehen müsse.

Der Leiter der Abteilung „Re-education“ bei der amerikanischen Militärregierung verkündete 1948 in

einem Umerziehungsprogramm u. a.:

“Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird. Keine Besatzungsarmee wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein,

a) Die als demokratisch bekannten Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen,

b) die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland zu unterstützen, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können”.

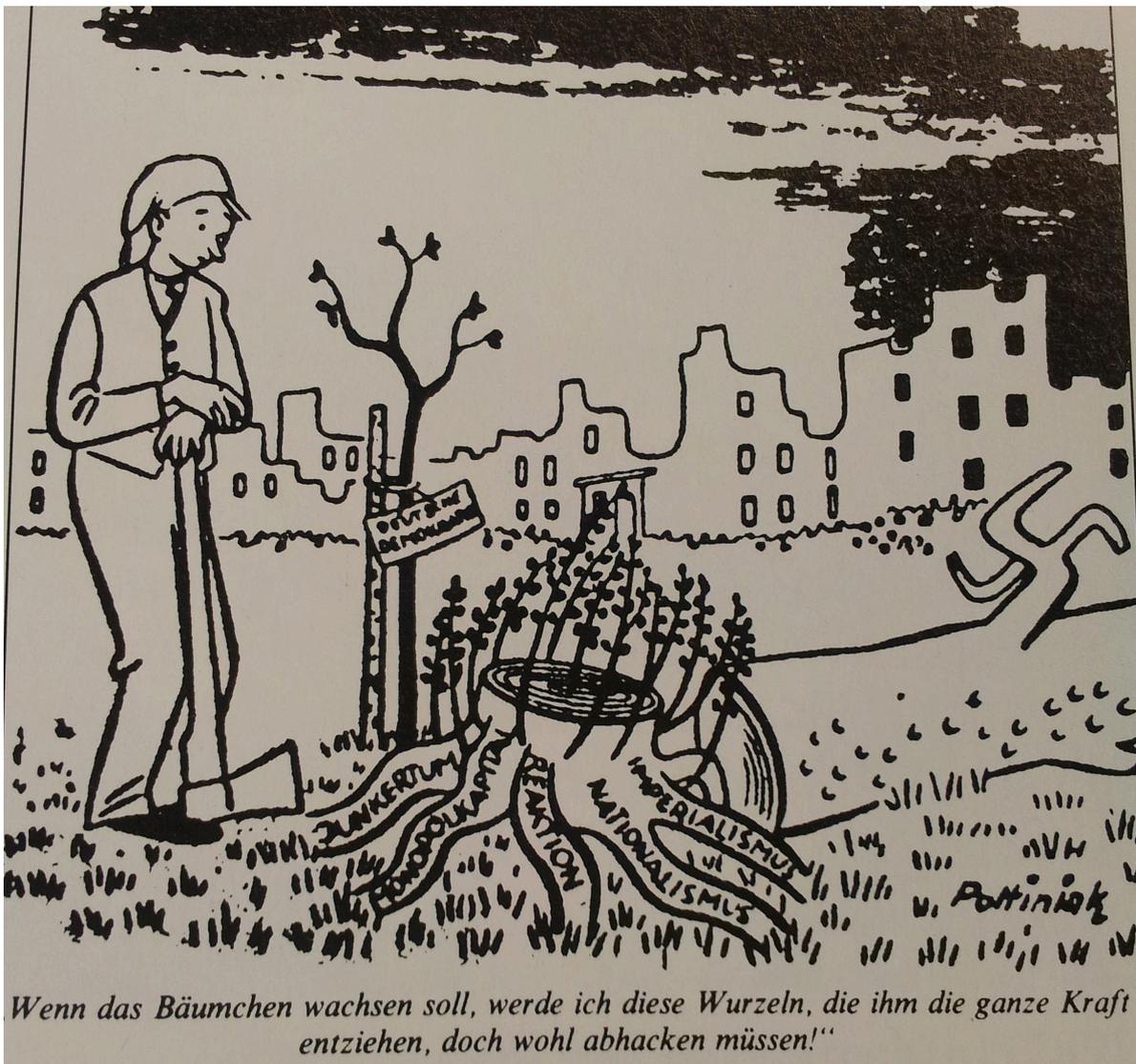


Abbildung 3. Karikatur, erschienen in „Berliner Zeitung“ Mai 1947

[¹] US Department of State (Archiv) - White House (Washington, DC) December 12, 2005

[²] „Umerziehung der Deutschen als Teil der psychologischen Kriegsführung“ – von Hans-Joachim von Leesen, Mönkeberg/Kiel

Die einzig wirksame Therapie sei es, dass die Deutschen dazu gebracht werden müssen, sich ihrer Schuld bewusst zu werden und sich vor allem öffentlich immer wieder selbst zu ihrer Schuld bekennen. Eben diese Ziele versuchten die Amerikaner durch Dokumentationen über die grauenvolle Zeit der NS-Herrschaft und deren unmenschlichen Taten zu erreichen – so zeigte man Erwachsenen regelmäßig Filme über die zu tiefst unmoralischen NS-Ideologien, die sie selbst jahrelang toleriert und gelebt haben.

Anfangen an den umfassenden Pläne zur Demokratisierung der Schulen, die sehr stark an das eigene amerikanische Vorbild angelehnt waren, sah man als Kernstücke der Reformation Schulgeld- u. Lernmittelfreiheit und die Eingliederung der Berufsausbildung in die Schullaufbahn an, die vor allem zukünftig demokratisch und antifaschistisch geprägt sein sollte. Das besondere Augenmerk (bei allen Besatzern) lag dabei auf der Befreiung der Lehrpläne und Schulbücher von NS-Ideologien und Militarismus, die den Hauptbestandteil dieser bildeten.



Abbildung 4. Filmplakate im Sinne der Umerziehung. Die Filmvorstellung sollen der Bevölkerung das Greuel der NS-Herrschaft vor Augen führen und abschrecken.

2.1.2. Antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in der SBZ

Die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) angestrebte „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ hatte mit der an westlich-demokratischen Wertsetzungen orientierten Praxis in den Westzonen nur wenig gemein.

Die primäre Verordnung der SMAD des Antifaschismus wurde in allen Bereichen des Lebens eisern durchgesetzt und eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung streng abgelehnt. So galt derjenige als Faschist, der es wagte sich gegen den politischen Kurs der deutschen Kommunisten aufzulehnen.

Das Ziel der „Demokratisierung der Schule“ erreichte die Regierung durch die Entlassung aller Lehrer, wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft und besondere Rolle als bewusst eingesetzte Kontrolleure und Erzieher in der NS-Politik. Daraufhin wurden 4000 „antifaschistische“ Lehrer eingestellt, die keine Ausbildung oder Berufserfahrung hatten und nur einen zweiwöchigen Schnellkurs für den Lehrerberuf durchlaufen mussten. Es wurde die achtklassige Einheitsschule eingeführt.

Im Gegensatz zur amerikanischen BZ lag die volle Kontrolle über Medien wie Presse und Rundfunk in den Händen der Besatzer, und nahmen somit ihre Rolle als abhängige Instrumente im politischen Kampf der Kommunisten gegen ihre Gegner perfekt ein.

2.2. Staatlicher und politischer Neuaufbau in den BZ

Da demokratische staatliche Einrichtungen die Existenz von Parteien^[3] voraussetzt, legten die Siegermächte USA, UdSSR und Großbritannien auf der Potsdamer Konferenz fest, das in ganz Deutschland Parteien zugelassen werden lassen sollte.

2.2.1 Amerikanische Besatzungszone

Der zentrale Satz aus der „Rede der Hoffnung“, die der amerikanische Außenminister Byrnes im zerstörten Nachkriegsdeutschland hielt, markierte den deutlichen Umschwung in der amerikanischen Deutschlandpolitik, der letztlich zu einem stabilen, freien und demokratischen Deutschland führen sollte.

„Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“

Tatsächlich sind die Vereinigten Staaten Amerikas die Nation gewesen, die am meisten für den Neuaufbau Deutschlands getan haben:

Nachdem erste deutsche Verwaltungen auf Länderebene ins Leben gerufen wurden, errichtete man Ende Mai 1945 eine provisorische Regierung in Bayern, an deren Spitze Fritz Schäffer^[4] als Ministerpräsident eingesetzt wurde.

Im Herbst des selben Jahres gründete man auf Befehl der tätigen Militärregierung die Länder Bayern, Großhessen, Württemberg-Baden und Bremen.

Währenddessen agierte eine Koalitionsregierung aller wieder zu gelassenen Parteien unter Aufsicht der amerikanischen Militärregierung, die im Oktober 1945 die Gründung eines Länderrats veranlasste. Dieser stellte eine ständige Konferenz der Ministerpräsidenten der US-Zone dar und sollte der gemeinsamen Bewältigung von auftretenden Problemen dienen.

2.2.2. Französische BZ

Die französische Besatzungszone blieb zunächst von den anderen westlichen BZ abgeschottet („Seidener Vorhang“) und zögerte, aus Angst vor einem prävalenten Deutschland, das erneut eine Gefahr darstellen könnte, einen staatlichen Neuaufbau bis Mitte 1947 hinaus.

Insbesondere im Alliierten Kontrollrat erwiesen sich die französischen Positionen als hinderlich, da Frankreich lange Zeit der Bildung zentraler deutscher Verwaltungen vehement widersprach. Es herrschte auch lange Zeit eine scharfe Zensur in allen politisch-gesellschaftlichen Bereichen, so wurde beispielsweise das Wort „deutsch“ in Parteibezeichnungen verboten.

Die Neugründung der Länder Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Süd-Baden verlief schleppend von Anfang 1945 bis zum Sommer 1946. Jedoch wurde bereits Mitte 1945 in Baden ein Direktorium und in Württemberg-Hohenzollern ein Staatssekretariat unter Carlo Schmidt eingesetzt.

Rheinland-Pfalz erhielt am 1. Dezember 1946 eine Landesregierung mit Wilhelm Boden (1890-1961) als Ministerpräsident, dem im Juli 1947 Peter Altmeier (1899-1977) folgte.

Die Kompetenzen der Länderregierungen sind jedoch im Vergleich zu den anderen westlichen Besatzungszonen stark eingeschränkt.

Die Durchführung der Demokratisierung in der britischen BZ unterschied sich wenig von der amerikanischen Methode.

^[3] Parteiprogramme siehe Anhang

^[4] Fritz Schäffer - deutscher Politiker. Er war 1945 der erste Bayerische Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg. Von 1949 bis 1957 war er Bundesminister der Finanzen und von 1957 bis 1961 Bundesminister der Justiz.

2.2.4. Politische Entwicklung der SBZ

Nach dem Kriegsende betrieb die sowjetische Sowjetische Militäradministration (SMAD) in der SBZ eine sozialistische Umgestaltung. Um diese Pläne durchzusetzen wurden Exilkommunisten aus Russland eingeflogen („Gruppe Ulbricht“), die ehemalige Spitzenfunktionäre der KPD waren und nun die Schlüsselstellen der Verwaltungen besetzten. Sie entwarfen umfassende Pläne zur wirtschaftlich-sozialen Umwälzung und der Beseitigung jeglichem Einflusses von sozialdemokratischen und bürgerlichen Kräften; jedoch wurde darauf geachtet den Schein eines demokratischen Vorhabens zu wahren:

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ – Walter Ulbricht

Die neu gegründeten Parteien wurden im „antifaschistisch-demokratischen Block“ (14.7.1945) zusammengefasst, die SPD 1946 zwangsweise gegen aller Bedenken zwangsweise mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) vereinigt, wodurch so systematisch die „feudalen Strukturen des preußischen Militarismus“ beseitigt werden sollten. Um die Wahlchancen der „fortschrittlichen Kräfte“ zu erhöhen, wurden mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und dem Deutschen Kulturbund (DK) den Parteien gleichgestellte Massenorganisationen gegründet.

„Unter 1565 Verurteilten sowjetischer Instanzen, die 1960 befragt wurden (Fragebogenaktion Karl-Wilhelm Fricke im Zusammenwirken mit der Vereinigung der Opfer des Stalinismus unter ehemaligen politischen Häftlingen, die zwischen 1945 und 1960 in der SBZ/DDR in Haft waren - Anm. d. Red.), befanden sich 187 - 18,3 Prozent, die vor ihrer Inhaftierung in einer der nach 1945 wiedererstandenen und neu gegründeten Parteien organisiert waren. Nach Parteien aufgeschlüsselt, entfielen davon auf die SED = 43,1 Prozent, auf die LDP = 33,7 Prozent, auf die CDU = 22,9 Prozent und auf die NDPD = 1,3 Prozent. Mitglieder der DBD wurden nicht registriert. Der hohe Anteil von Mitgliedern der SED geht auf ehemalige Sozialdemokraten zurück, die infolge der Zwangsfusion von KPD und SPD im Frühjahr 1946 Mitglieder der SED geworden waren und im Ergebnis der Befragung als solche erscheinen. [...]

Mit dem Zwang zur Gründung der SED waren sie als erste politische Gruppierung herausgefordert und in die Opposition gedrängt worden. Zum anderen besaßen sie vor der Vereinigung mit den Kommunisten fest gefügte Parteiorganisationen. [...]

Selbstverständlich informierten die mitteldeutschen Sozialdemokraten [...] das Ostbüro der SPD (seit April 1946 in Hannover, später in Bonn und West-Berlin - Anm. d. Red.) auch laufend über wichtige Vorgänge aus der SBZ/DDR - was ihnen allzu bald den Vorwurf der Spionage eintrug und ihre Verfolgung provozierte. [...]

Die Verfolgung oppositioneller Sozialdemokraten in der SBZ/DDR hatte schon 1946 begonnen, bald nach der Verschmelzung von KPD und SPD, aber sie erreichte ihre größte Intensität erst in den Jahren 1947/49, als die Kommunisten ihren monopolistischen Herrschaftsanspruch in der "geeinten" Partei mit rücksichtsloser Gewalt durchsetzten und die SED zur stalinistischen Kaderpartei umschmolzen. Laut einem Brief des "Freundeskreises ehemaliger politischer Häftlinge aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vom 31. März 1971 an das Zentralkomitee der SED, waren es "mehr als fünftausend Mitglieder und Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung", die "lange Jahre in menschenunwürdiger Haft ihrer Freiheit beraubt" wurden. "Über vierhundert von ihnen sind dabei umgekommen." Daßehemalige Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit von sowjetischen Militärtribunalen statt von deutschen Gerichten verurteilt wurden, war nicht ohne Überlegung geschehen. Die SED schien so frei von jeglicher Verantwortung dafür, obwohl ihr Zusammenspiel mit der "sozialistischen Besatzungsmacht" geschichtsnotorisch ist.“

Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 117, 120.

[3] Parteiprogramme siehe Anhang

[4] Fritz Schäffer - deutscher Politiker. Er war 1945 der erste Bayerische Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg. Von 1949 bis 1957 war er Bundesminister der Finanzen und von 1957 bis 1961 Bundesminister der Justiz.

2.3. Zusammenfassung

Durch die tiefgreifenden ideologischen Unterschiede grenzten sich die Parteien in Ost und West voneinander ab und entwickelten grundsätzlich verschiedene Auffassungen über ihre Aufgabe und Rolle im Staat. In der SBZ übernahm die SED die führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus mit russischer Prägung, während in den Westzonen die Parteien durchaus mit unterschiedlichen Programmen zur zukünftigen Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft konkurrierten.

Nachdem die „Fehlbildung“ im Charakter des Deutschen festgestellt wurde, versuchte man durch entsprechende Maßnahmen diesen Umstand zu beheben: Durch bewussten Einsatz der Westmächte von Presse und Rundfunk, konnten sie den, in diesem Zusammenhang oft angeführten Begriff der „Charakterwäsche“ erfolgreich umzusetzen und den Deutschen zur „Vernunft“ bringen. Gegensätzlich dazu wurden in der SBZ jegliche Medien vorsätzlich missbraucht um kommunistisches Gedankengut gezielt zu verbreiten.

[3] Parteiprogramme siehe Anhang

[4] Fritz Schäffer - deutscher Politiker. Er war 1945 der erste Bayerische Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg. Von 1949 bis 1957 war er Bundesminister der Finanzen und von 1957 bis 1961 Bundesminister der Justiz.

3. Demilitarisierung in Deutschland

Nach Ende des 2. Weltkrieges, der in der völligen Zerstörung des 3. Reiches endete, hatten sich die 4 alliierten Siegermächte zum Ziel gesetzt, Deutschland grundlegend zu verändern. Hierzu gehören die 5 D's: Demokratisierung, Demontage, Denazifizierung, Dezentralisierung und die Demilitarisierung. Die Demilitarisierung befasst sich mit dem Abbau und der Beseitigung des Waffenlagers in einem Gebiet, damit von dem aus keine Gefahr eines militärischen Angriffs mehr ausgeht. Ziel der Demilitarisierung war es, den deutschen Militarismus auszurotten, damit Deutschland nie wieder die „Erhaltung des Friedens in der Welt“ bedrohen kann. Um dieses Ziel zu verwirklichen, nahmen sie Veränderungen in der Kategorie des Kriegsmaterials und den Truppen vor. Im Kriegsmaterial wird noch einmal zwischen Produktion und den vorhandenen Waffen unterschieden. Die Veränderung in den Produktionen beinhaltete, dass die Neuproduktion von Flugzeugen, Waffen und Ausrüstungen unterbunden wurde. Die bereits vorhandenen Waffen, wie Munition, Kriegsgeräte, Spezialmittel, die im Krieg genutzt oder produziert wurden, werden von den Alliierten vernichtet. Die andere Kategorie befasst sich mit den Truppen des ehemaligen Nazideutschlands. Diese wurden nochmals unterteilt in Soldaten, Organisationen und Generäle. Die Land-, -See- und Luftkräfte mussten die totale Niederlage erkennen. Dies führte zur sofortigen Erhebung aus deren Berufen. Das Tragen von Uniformen, Orden und Auszeichnungen wurde ihnen untersagt. Die führenden Organisationen des 3. Reichs wie SS, SA, SD, Gestapo, Kriegsschulen, Kriegervereine, Generalstab des Offizierskorps und der Reservisten wurden aufgelöst. Alle weiteren militärischen/halbmilitärischen Organisationen wurden aufgelöst. Die Generäle des 3. Reiches wurden in den meisten Fällen in den Nürnberger Prozessen angeklagt und entweder zu mehrjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Selten wurde Lebenslange Haft verhängt, wie in Fällen von Rudolph Hess. All diese Maßnahmen zur Demilitarisierung waren Teil des Grundgedankens des Potsdamer Abkommens, die das Erziehungswesen in Deutschland so überwachen sollte, dass die nazistischen und militärischen Lehren völlig entfernt werden.

4. Die Denazifizierung

Die Denazifizierung war ein Ziel der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, welches schon seit dem Juli 1945 umgesetzt wurde. Im August 1945 vereinbarten die „Drei Großen“ während der Potsdamer Konferenz die deutsche und österreichische Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Jurisdiktion und Politik von den Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Jenes sollte im Zusammenhang mit der Demokratisierung und Entmilitarisierung geschehen.

Die Denazifizierung lief in den vier jeweiligen Besatzungszonen unterschiedlich ab.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Denazifizierung schnell und konsequent durchgeführt, die direkt unter der Aufsicht des sowjetischen Geheimdienstes lag. Nach offiziellen Angaben wurden in der sowjetischen Zone 122'600 Personen inhaftiert. Allerdings herrschten in den Häftlingslagern unerträgliche Bedingungen, sodass laut sowjetischen Angaben 42'800 Gefangene umkamen. Andere Quellen berichten jedoch von rund 80'000 Toten.

In der amerikanischen Besatzungszone wurde die Denazifizierung mit großem Elan durchgeführt und vorangetrieben. Die Amerikaner benutzten bei der Entnazifizierung Fragebögen, die jeder deutsche Bürger ausfüllen musste und somit in eine der fünf Kategorien eingeteilt wurde:

1. Hauptschuldige (Kriegsverbrecher)
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete.

1946 ging die Denazifizierung dann an deutsche Spruchkammern über, welche jedoch ein schlechtes Ansehen in der Gesellschaft hatten. 1948 wurde die Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone aufgrund des Kalten Krieges beendet.

In der britischen Besatzungszone wurde ebenfalls ein Skalensystem mit Kategorien verwendet. Dieses wurde allerdings weit lockerer gesehen als das amerikanische. Eine Besonderheit in der britischen Besatzungszone war, dass Richter und Angehörige der deutschen Rechtspflege nicht als Verbrecher angesehen wurden. Die Strafen in der britischen Besatzungszone bestanden aus Geldstrafen und Internierungshaft.

In der französischen Besatzungszone herrschte kein großes Interesse an der Bestrafung der Beschuldigten. So wurde jeder der nach 1919 geboren wurde oder kein nationalistisches Amt belegt hatte automatisch entlastet. Des Weiteren wurden „einfache“ Parteimitglieder der NSDAP nicht als Mitglieder angesehen. Die gesamte Entnazifizierung wurde noch einmal in die Entnazifizierung der „Großen“ und der „Kleinen“ unterteilt.

Die Entnazifizierung der Großen fing am 20. November 1945 mit dem Beginn des internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg an. Dort fanden die Gerichtsverhandlungen gegen die 24 Hauptkriegsverbrecher statt, die sich für folgende Hauptpunkte verantworten mussten:

- Verschwörung gegen den Weltfrieden
- Planung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskrieges
- Verbrechen und Verstöße gegen das Kriegsrecht
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Ein bekannter Hauptkriegsverbrecher war Rudolf Hess, er wurde wegen allen 4 Punkten angeklagt, jedoch nur zu lebenslanger Haft verurteilt.

Abschließend ist zu sagen, dass die Denazifizierung schon nach kurzer Zeit in die Hände der Deutschen übergeben wurde und dass der Kalte Krieg den Willen zur Entnazifizierung endgültig schwächte.

5. Die Demontage

Die Demontage ist eine Form der Reparationszahlungen zu den Deutschland durch die Siegermächte des zweiten Weltkrieges gezwungen wurde. Durch sie wurde schwerwiegend in sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Deutschen Bevölkerung eingegriffen.

Unter dem Begriff Demontage versteht man im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg, den erzwungenen Abbau von Industrieanlagen in Deutschland. Jede Besatzungsmacht durfte selbständig Anlagen in ihrer Besatzungszone abbauen und in deren eigenes Land importieren.

Die Demontage deutscher Industrieanlagen wurde auf den Konferenzen in Jalta im Feb. 1945 und in Potsdam 1945 als Form der Kriegsentschädigung auferlegt.

In dem, von den Alliierten aufgestellten Industriepan vom März 1946, wurde ein Abbau von 1800 Betrieben festgelegt. Das Hauptziel aller Besatzungsmächte war es die deutsche Produktion so einzuschränken, dass Deutschland militärisch geschwächt wird. Um dieses Ziel umzusetzen wurden vorrangig Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie, der chemischen Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, Schiffswerften, Zulieferwerke der Grundstoffindustrie demontiert. Somit sollte es zu einer ökonomischen Entmilitarisierung kommen und die Gefahr gebannt werden, dass Deutschland nochmals einen Angriffskrieg in der Zukunft startet.

In allen vier Besatzungszonen wurde Demontage betrieben, jedoch verlief sie von Zone zu Zone sehr unterschiedlich. Durch das Potsdamer Abkommen wurde beschlossen, dass es zu Demontagelieferungen aus dem Ruhrgebiet an die sowjetische Besatzungszone kam, diese betrug ungefähr 25% der Reparationen der Westmächte. Dafür wurde aber gefordert, dass die sowjetische Besatzungszone Nahrung an die anderen drei Zonen lieferte, denn dort herrschte oftmals Nahrungsknappeit. Vor allem Frankreich und die Sowjetunion waren auf die Kriegsentschädigungen angewiesen, da sich der Krieg zum größten Teil auf ihrem Grund und Boden abspielte. Der alliierte Kontrollrat legten in langwierigen Verhandlungen Richtlinien für die Verminderungen der Industriekapazität fest. Es kam zu der Festlegung, dass die Erzeugnisse der chemischen Industrie auf 40%, Leichtmetalle auf 54% und Werkzeugmaschinen auf 11% der Vorkriegsproduktion begrenzt wird. Wegen der Einschränkung der Stahlindustrie gab es die meisten Streitereien, letztendlich wurde eine Verminderung auf 39% des Vorkriegsniveaus festgelegt. Die Entscheidungen des Kontrollrates wurden in dem so genannten Industrieniveau-Plans am 26. März 1946 veröffentlicht. In diesem war der zuvor bestimmte Umfang der Nachkriegswirtschaft festgehalten und das Ausmaß der Reparationszahlungen von Deutschland. Kurze Zeit darauf wurde eine Liste herausgegeben, auf der die zu demontierenden Betriebe aufgelistet waren. Als Ziel galt es einen mittleren Lebensstandard in Deutschland aufrecht zu erhalten, dieser durfte jedoch den durchschnittlichen Lebensstandard in Europa nicht überschreiten. Als ein weiteres Ziel galt es dafür zu sorgen, dass Deutschland nach der Beendigung der Reparationszahlungen dazu in der Lage war sich selbst zu verwalten.

5.1. Die Amerikanische, Britische und Französische Besatzungszone

Auch in der amerikanischen Zone kam es zu einer starken Verschlechterung der Versorgungslage im Jahre 1946. Somit waren auch sie auf die Demontage angewiesen, dennoch war es nicht ihr Ziel die deutsche Wirtschaft zu schwächen, sondern viel mehr diese rasch wieder aufzubauen und zu stärken. Dies hatte nur einen Grund, den die Amerikaner schon früh erkannten, bricht die deutsche Wirtschaft ein hat dies starke Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft. Gleichzeitig wollten sie die Erhaltungskosten für ihre Besatzungszone so gering wie möglich halten und somit eine erhebliche Belastung des amerikanischen Steuerzahlers verhindern. Dies war der ausschlaggebende Grund für einen Friedensvertrag zwischen den Besatzungsländern. So kam es zu einem Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Besatzungszone am 1.1.1947, bekannt unter dem Namen „Bizone“.

Im Grunde waren sich die Amerikaner und die Briten einig darüber, wie sie ihre Besatzungszonen

verwalten mussten. Über die Demontage und deren Ziele waren sich die beiden jedoch uneinig, denn die Briten betrachteten Deutschland als Konkurrenten und wollten deshalb dessen Wirtschaft langfristig schädigen und somit das Land schwächen. Dennoch war ihnen bewusst, dass es unumgänglich war die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln. Denn bereits im Winter des Jahres 1946 mussten die Briten ihre Selbstversorgung zurückschrauben um die Menschen der besetzten britischen Zone nicht hungern zu lassen. Im Juli 1946 stimmten sie als erstes Land der Forderung der Amerikaner nach einer einheitlichen Wirtschaft für Deutschland zu („Bizone“). Die „Bizone“ sollte wirtschaftlich unabhängig von den Besatzungsmächten werden und sich selbst verwalten können. Sie versuchten die Produktivität durch den Import von Industriegütern, wie Kohle, wieder zu steigern und langfristig anzukurbeln. Schon dieses Bündnis wies auf die spätere Teilung Deutschlands hin.

Die französische Besatzungszone hingegen war wie auch die britische Zone auf die Reparationen angewiesen, da sich der zweite Weltkrieg hauptsächlich auf deren Gebiet abgespielt hatte. Mit Hilfe der Demontage konnte Frankreich einige Kriegsschäden ausgleichen. Die in ihrer Zone durchgeführter Abbau von Industrieanlagen wurde rasch durchgeführt und 1949 schließlich beendet. Im Gegensatz zu Großbritannien und Amerika gelang es Frankreich die Ausgaben des französischen Staatshaushaltes sehr gering zu halten, denn sie nahmen weder Flüchtlinge noch Vertriebene auf.

Um Europa zu unterstützen stellte der damalige amerikanische Außenminister, George C. Marshall, am 5. Juni 1947 in seiner Rede den Marshallplan vor. Dieser enthielt ein Programm zur Wirtschaftshilfe der USA für Europa mit den Zielen wirtschaftlich gesunde Handelspartner zu gewinnen und die europäische Einheit zu fördern. Es wurden jedoch nur Länder unterstützt die den politischen Forderungen der Amerikaner folgen leisteten. Um diese Unterstützung zu bekommen gab Frankreich die Widerstände gegen eine einheitliche Wirtschaft in Deutschland auf und schloss sich mit der „Bizone“ zusammen. Somit entstand im Juni 1948 die so genannte „Trizone“. Nach der Entstehung der „Trizone“ war die Demontage der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland beendet.

5.2. Die sowjetische Besatzungszone

Die durch den Krieg erzeugten Schäden in dem Gebiete der sowjetischen Besatzungszone standen in keinem Verhältnis zu den Schäden, die die Sowjets durch die Entnahme der Reparationen schufen. Im Gegensatz zu den Westmächten, die nur etwa 5% Reparationen aus ihrer Zone entnahmen, lag der entnommene Anteil bei ca. 30-50% (bezogen auf die Industrieanlagen in Deutschland von 1944). Dies äußerte sich darin, dass schon bis 1946 etwa 1000 Betriebe demontiert wurden, gleichzeitig wurden auch die Eisenbahnschienen entwendet, so dass jeweils nur noch ein Gleis vorhanden war. Neben dem direkten Abbau von Industrieanlagen entnahmen sie auch Produkte aus der laufenden Produktion, welche zu 33% als Reparationen angesehen wurden. Diese Entnahmen aus dem Produktionskreislauf erschwerte die Planwirtschaft der sowjetischen Zone stark.

In dieser Besatzungszone kam eine weitere Art der Reparationszahlung zum Vorschein. Dabei enteignete die „Sowjetische Militäradministration“ (SMAD) schon im ersten Jahr der Besatzungszeit unzählige Betriebe. Firmen der Rüstungsindustrie wurden der „Sowjetischen Aktiengesellschaft“ übergeben, diese produzierten dann ausschließlich für die Sowjets. Im Jahre 1948 waren bereits 9.200 Betriebe enteignet und in den Besitz der SMAD übergegangen.

Die Ostzone hatte gegen über den Westzonen einen landwirtschaftlichen Vorteil, denn sie besaß einen viel größeren Anteil an landwirtschaftlichen Nutzflächen, somit war die Nahrungsversorgung der Bevölkerung vorerst sicher gestellt. 1945 kam es schließlich zur Bodenreform, mit der die Enteignung von Grundbesitzern gefordert und durchgesetzt wurde. Doch dies wirkte sich sehr schnell negativ auf die landwirtschaftliche Erzeugung aus, denn auf den übernommenen Feldern arbeiteten hauptsächlich Vertriebene und Flüchtlinge, welche wenig Erfahrung mit Landwirtschaft hatten, außerdem fehlte es an geeigneten und funktionierenden Landwirtschaftsgeräten und Fahrzeugen.

Insgesamt überschritten die entnommenen Reparationen den wirklichen Schaden in der UdSSR, jedoch ist der wirkliche Wert nicht schätzbar aber man geht von etwa 13Mrd. US-Dollar aus.

Durch die ungleiche Umsetzung der Demontage in den einzelnen Besatzungszonen kam es zu großen Unterschieden zwischen der Wirtschaftskraft der Westzone und der Ostzone. Gleichzeitig erzeugte kein anderer Beschluss des Potsdamer Abkommens eine so große Belastung für die deutsche Bevölkerung wie die Festlegungen der zuzahlenden Reparationen, denn es gingen Arbeitsplätze, Wirtschaftsgrundlage und Entwicklungsmöglichkeiten im nicht unerheblichen Maße verloren.

III. Gesamtfazit

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges zerbrach die Zusammenarbeit von USA und UdSSR in der Anti-Hitler-Koalition. Das besiegte Deutschland war Schauplatz des direkten Aufeinandertreffens ihrer konkurrierenden Ideologien, die Westdeutschland in die freiheitlich-kapitalistische bzw. Ostdeutschland in die totalitär-sozialistische Richtung führten. Es stellte sich schon bald heraus, dass es sich bei dem Übereinkommen von Potsdam lediglich um einen formellen Kompromiss handelte und dass zwischen der Sowjetunion und den Westmächten erhebliche Differenzen über den konkreten Gehalt der Besatzungspolitik bestanden. So zeigte das Potsdamer Abkommen den Kooperationswillen der Siegermächte und ihre Einigkeit über die „Ethische Entmischung“ Europas, wie Flucht und Vertreibung in Folge des Vernichtungskrieges verschönend umschrieben wurden.

Während die Alliierten gemeinsam erfolgreich Justiz in den Nürnberger Prozessen an den Hauptkriegsverbrechen übten (1945/46), verhinderte das wachsende Misstrauen untereinander die einheitliche Umsetzung aller Bestimmungen in den Besatzungszonen.

Hinzu kam die bewusste Verhinderung eines Wiederaufbaus auf Seiten der Franzosen, die somit eine gemeinsame Politik in der Westzone zunehmend behinderten und Deutschland dauerhaft politisch und wirtschaftlich schwächen wollten.

Die meisten der zuvor gesetzten Ziele der Potsdamer Konferenz, konnten erfolgreich durchgeführt werden, wobei da vordergründig die Demontage der Industrieanlagen in der SBZ als Reparationsleistung und Hilfsleistungen der für Deutschland durch die USA und England wären. Des Weiteren führte man die schrittweise Demokratisierung in den Westzonen nach dem freiheitlichen, in der SBZ nach dem sozialistischen Demokratiemodell durch und entwickelte die Politik in die vorgesehene Richtung weiter.

Weitgehend kann die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg die Welt veränderte, auf Deutschland isoliert angewendet werden.

Dabei sind besonders die neuen Perspektiven hervorzuheben, die geschaffen wurden, um das Zusammenleben in einer integrativen Gesellschaft zu ermöglichen und die EU als friedensstabilisierendes Projekt hervorzubringen.

Auch der Fakt das die absoluten Machtpole sich zu Gunsten der USA und der Sowjetunion verschoben haben und damit eine „ideologische Teilung“ der Welt vollzogen wurde, wird Deutschland nach 1949 nicht unerheblich beeinflussen.

IV. Anhang

1. Literatur –und Bildverzeichnis

Demokratisierung:

http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Schäffer

3. Jan.2013 11:00

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/39991/franzoesische-zone>

3.Jan.2013 11:30

<http://janeden.net/1-die-besatzungszonen>

2. Jan.2013 20:15

<http://192.68.214.70/blz/web/17juni/1.html>

3. Jan.2013 11:45

http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Ausgabe_20/Umerziehung_der_Deutschen_als_Teil_der.pdf

3. Jan. 2013 12:05

<http://www.spartacus.schoolnet.co.uk/USAmacleish.htm>

3. Jan. 2013 13:25

http://en.wikipedia.org/wiki/Archibald_MacLeish

3. Jan. 2012 13:25

<http://2001-2009.state.gov/p/nea/rls/57896.htm>

9. Jan. 2013 19:25

<http://derhonigmann sagt.wordpress.com/2012/04/05/die-umerziehung-in-westdeutschland/>

9. Jan. 2013 19:25

KOMPAKT-WISSEN GESCHICHTE Abitur

Geschichte Oberstufe

Von der Französischen Revolution bis heute

Ulrich Winkler

STARK

ANNO 10 - Ausgabe Thüringen (Klasse 10)

Deutschland nach 1945/ Strukturen der Antike

Bernhard Askani und Elmar Wagener

westermann

UNSERE GESCHICHTE – Band 3

Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart

Verlag Moritz Diesterweg (Frankfurt a. M)

Informationen zur politischen Bildung

Parteiendemokratie 207 – Neudruck 1990

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)

Informationen zur politischen Bildung
Politische Ideologien 212
Neudruck 1990
Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)

Caspar v. Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen
Stuttgart 1965, erweiterte Neuausgabe Graz 2004

Helmuth Mosberg, Die REeducation. Umerziehung und Lizenzpresse im Nachkriegsdeutschland,
München 1991

Black Record: Germans Past and Present
Baron Robert Gilbert Vansittard
H. Hamilton 1941

http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/Nachkriegsjahre_plakatGermanyIsAtTheCrossroads/index.html

<http://www.artandtheory.net/detail/re-education-hau-berlin/>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Reeducation>

Demontage:

- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/> (08.01.13)
- <http://www.bpb.de/izpb/10077/wirtschaftsentwicklung-von-1945-bis-1949> (08.01.13)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/40038/wirtschaftliche-impulse> (2.01.13)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/40067/ausgangslage-sbz-ddr> (2.01.13)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/39991/franzoesische-zone>(2.01.13)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/39984/besatzung> (29.12.13)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/marshallplan/39988/britische-zone>
- <http://www.bpb.de/izpb/10073/ost-west-konflikt-und-deutsche-teilung>
- <http://www.nachkriegsmuseen.de/chronik49.html>
- <http://www.ddr-geschichte.de/Wirtschaft/Industrie/Reparationen/reparationen.php>
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Demontage_\(Reparation\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Demontage_(Reparation))
- <http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/WiederaufbauUndWirtschaft/demontage.html>
- Buch: Geschichte 10 – Verlag Volk und wissen 1989
- Buch: Anno 10 Thüringen
- Lexikon Brockhaus Ausgabe 2006
- Lexikon Bertelsmann Ausgabe 1996

Demilitarisierung:

Handout „Demilitarisierung“ der Expertengruppe

Dezentralisierung:

www.bpb.de (Kriegsziele der Alliierten)

www.de.m.wikipedia.org/wiki/besatzungszone

Denazifizierung:

Handout „Denazifizierung“ der Expertengruppe

2. Parteiprogramme

Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945

[...] Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht der gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes [...] Für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk. [...]

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben [...] sind gegenwärtig [...]:
Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. [...]

Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handelns und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. [...]

Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien.

[...] Liquidierung des Großgrundbesitzes, [...] und Übergabe [...] an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. [...]

Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt a. M., 1972, S. 356 ff.

Programmatische Richtlinien der Freien Demokratischen Partei der britischen Zone, 4. Februar 1946

[...] Dieser Staat soll auf breitester Grundlage von unten nach oben aufgebaut werden, [...]

[...] Völlige Rechtssicherheit soll die Freiheit des Staatsbürgers schützen. Es soll nur ein Recht in Deutschland geben ein gleiches Recht für alle.

[...] Die Gewerkschaften sollen zu verantwortlichen Organisationen des Staates ausgebaut werden, die den Schutz der Arbeit gewährleisten. [...]

[...] Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist entsprechend dem Bedürfnis der breiten Massen die Steigerung der Erzeugung auf allen Gebieten. [...] Das Ziel kann nur erreicht werden durch Wiedereinschaltung der freien Initiative unter Abbau der Wirtschaftsbürokratie. [...] Persönliche Initiative und freier Wettbewerb steigern die wirtschaftliche Leistung, und persönliches Eigentum ist eine wesentliche Grundlage gesunder Wirtschaft. [...]

[...] Wie die Freiheit der Forschung und Freiheit der Lehrer die Vorbedingung aller wissenschaftlicher Leistungen ist, so kann auch die Volksbildung nur auf dem Boden der Freiheit und Wahrhaftigkeit gedeihen. [...]

Bei der konfessionellen Zerklüftung unseres Volkes können die Schulen des Staates nicht einer Konfession dienen. Wir fordern daher die Gemeinschaftsschule, in der die von der Kirche anerkannter Lehrkräfte konfessionellen Religionsunterricht erteilen. [...]

Christliche Soziale Union (CSU) Grundsatzprogramm 1946

[...]

Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage. [...]

Wir bekennen uns zum demokratischen Staat. Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. [...]

Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage. [...]

Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person. [...]

Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, die Freiheit des Handelns und der Berufswahl, die Freiheit des Zusammenschlusses und der Religionsausübung! Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter. [...]

[...] Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken! Wir lehnen die Panwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus [...]

[...] Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. [...]

Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. [...]

Forderungen und Ziele der SPD, Mai 1946

[...] Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei dem die große Mehrzahl alles verloren hat, eine Minderheit aber reicher geworden ist, muß durch eine gerechte Gesellschaftsordnung überwunden werden.

Die Sozialdemokratie erstebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Produktionsmittel und Verbrauchsgüter ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. [...] Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form der Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.

Die Förderung des Genossenschaftsgedankens, die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben in Handwerk, Handel und Landwirtschaft, stärkste Unterstützung der Verbrauchergenossenschaft sind nötig. [...]

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. [...]

Die Demokratie ist für alle Schaffenden die beste Form des politischen Kampfes. Sie ist für uns Sozialisten ebenso eine sittliche wie eine machtpolitische Notwendigkeit.

[...] Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit des Erkennens und die Freiheit der Kritik. Es gibt aber auch keinen Sozialismus ohne Menschlichkeit und ohne Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit.

Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle, Trennung von Kirche und Staat. [...]

Die Schulen sollen die Jugend [...] erziehen im Geist der Humanität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung und der Völkerverständigung. Allen Deutschen stehen die Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihrer Befähigung offen. [...]

Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, hat er Anspruch auf Lebensunterhalt.

Auszüge aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU, 15. Juli 1949

Die „soziale Marktwirtschaft“ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlicher Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der „sozialen Marktwirtschaft“ durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.

Marktgerechte Preise sind Motor und Steuermittel der Marktwirtschaft. Marktgerechte Preise entstehen, indem Kaufkraft und angebotene Gütermenge auf den Märkten zum Ausgleich gebracht werden. Wichtigste Vorbedingung, um diesen Ausgleich herbeizuführen ist ein geordnetes Geldwesen. [...]

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht im Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.

Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. [...]

Die Planwirtschaft hemmt die Erzeugung, indem sie in die Hand der Lenkungsstellen Machtvollkommenheiten legt, denen die Menschen in keiner Weise gewachsen sind. Sie mutet ihnen Aufgaben zu, die ihre Einsicht weit übersteigen. [...]

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht auch im Gegensatz zur sogenannten „freien Wirtschaft“ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft“ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig.

Denn so wenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft oder einzelne Märkte lenken sollen, so wenig dürfen Privatpersonen und private Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen. [...]

Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundgesetze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt. [...]

Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1982, S. 216 ff.